

KEIN PROFIT

MIT DER GESUNDHEIT



KRANKENHÄUSER

IN ÖFFENTLICHE

HAND!

PETER KÖSTER

**IHR KANDIDAT IM WAHLKREIS 118
MÜLHEIM-ESSEN I**



Deutsche Kommunistische Partei

DIE KRISE HEISST KAPITALISMUS!

V. S. d. P. W. Richter, c/o DKP-Parteivorstand, Hofmühlgr. 18, 40127 Essen



PETER KÖSTER

IHR KANDIDAT IM WAHLKREIS
118 / MÜLHEIM-ESSEN I

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Ist mein erklärtes Ziel für eine Mitarbeit im nächsten Bundestag. Seit vielen Jahren unterstütze ich die Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheits- und Pflegeberufen und das ganz konkret und praktisch, zum Beispiel bei den Streiks am Uniklinikum. Aktuell bin ich aktiv für das Essener Bürgerbegehren „KrankenhausEntscheid“ für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung, nachdem im Essener Norden – mitten in der Pandemie - zwei Krankenhäuser geschlossen wurden. Ziel eines Bürgerbegehrens ist ein Bürgerentscheid, bei dem die Wahlberechtigten selbst entscheiden können, was sie möchten. Ich bin ehrenamtlicher Bezirksvorsitzender der IG Bauen- Agrar-Umwelt und stellvertretender Vorsitzender des DGB-Stadtverbandes Essen. Für mich als Gewerkschafter ist es selbstverständlich, mich gemeinsam mit anderen Menschen gegen Missstände zu wehren und sich aktiv für unsere Rechte einzusetzen. Darum kandidiere ich für die DKP für den Bundestag.

Für mehr Personal und bessere Löhne

Die Corona-Pandemie hat die Missstände im Gesundheitswesen schonungslos aufgedeckt und lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Das Gesundheitswesen gehört in öffentliche Hand.

Nach aktuellen Umfragen will ein Drittel aller Pflegekräfte den Beruf verlassen. Die ständige Überlastung macht krank. 600.000 Pflegekräfte arbeiten nicht mehr in ihrem erlernten Beruf. Um das zu stoppen, brauchen wir bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, nicht nur in der Pflege sondern in allen Berufen im Gesundheitswesen. Dazu gehört an erster Stelle die Einführung einer gesetzlich verbindlichen Personalbemessung. Für die Altenpflege braucht es einen bundesweit einheitlichen Tarifvertrag mit guten Löhnen und Arbeitszeiten.

Im vergangenen Jahr sind über 20 Krankenhäuser geschlossen worden. Betten und Kapazitäten, die dringend benötigt werden, wurden abgebaut. Inmitten der Pandemie kündigten Krankenhauskonzerne Massentlassungen von Servicekräften an. Wir brauchen eine wohnortnahe Krankenhausversorgung, kein Haus darf schließen. Die größtenteils aus den Betrieben ausgelagerten Servicekräfte müssen wieder eingegliedert werden. Das Prinzip „Ein Haus – Ein Arbeitgeber – Ein Tarifvertrag“ muss wieder durchgesetzt werden.

Weg mit den Fallpauschalen

Mit der Einführung der Fallpauschalen (DRG) ist Gesundheit zur Ware geworden. Allein im Pflege-

bereich wurden innerhalb von fünf Jahren 33.000 Stellen abgebaut. Die Fallpauschalen sind der große Privatisierungshebel. Kliniken, die am Personal sparen, machen Gewinne - Wer gute Versorgung garantiert, schreibt rote Zahlen. Die Krankenhäuser müssen wieder in öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle mit einer ausreichenden Finanzierung nach dem Selbstkostendeckungsprinzip.

Der Hauptwiderstand gegen eine gesetzliche Personalbemessung kommt vom Spitzenverband der Krankenkassen. Dieser handelt nicht nur an dieser Stelle im Interesse der Arbeitgeberverbände. Seit Jahrzehnten wird die Einführung von Positivlisten für Medikamente verweigert, um die Profite der Pharmaindustrie zu schützen. Hier könnte viel Geld gespart werden, was an anderer Stelle für eine gute Versorgung und mehr Personal benötigt wird. Genau so braucht es einen Stopp der Zuzahlungen für Medikamente, Hilfsmittel und stationäre Aufenthalte. Wir wollen eine kostenlose Gesundheitsversorgung für alle.

Weg mit dem Patentschutz

Corona hat einmal mehr gezeigt, dass eine Pandemie nur weltweit bekämpft werden kann. Sozialistische Länder wie Kuba machen vor, was es heißt, Gesundheitsschutz am Menschen und nicht am Profit auszurichten. Impfstoffe müssen in allen Ländern allen Menschen zugänglich sein. Dafür brauchen wir die sofortige Aufhebung des Patentschutzes, damit die besten Impfstoffe in ausreichender Menge produziert und zur Verfügung gestellt werden können. Das Verhalten der Bundesregierung zeigt: die Profite der Pharmakonzerne sind ihr wichtiger als der Gesundheitsschutz.

www.dkp.de

V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP-Parteivorstand, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen


DKP
Deutsche Kommunistische Partei